

## Rede des Alterspräsidenten Alex Keller

Ich gratuliere Ihnen resp. euch allen zur Wahl in den Kantonsrat bzw. in den Regierungsrat des Kantons Schwyz. Ich wünsche allen viel Freude und Energie bei der politischen Arbeit. Die Politik befasst sich mit der Gestaltung des Gemeinwesens. Dieses war und ist durch die Coronapandemie speziell herausgefordert. Wir erlebten in der Schweiz eine klare und transparente Führung. Dass dies nicht selbstverständlich ist, zeigen die Beispiele der Regierungschefs von Brasilien oder der USA. Sie haben sich in der Coronakrise als hochgradig ungeeignet erwiesen.

Es zeigt sich, dass gerade der arme Teil der Bevölkerung besonders unter der Krise leidet. Die Massnahmen, die in Europa das Virus drastisch eingedämmt haben, sind in armen Ländern schlecht umsetzbar. Die Mahnung, Hygieneregeln zu beachten und Abstand zu halten scheitert in überfüllten Metropolen und Elendsvierteln. Die Aufforderung, zu Hause zu bleiben verpufft bei Eltern, die ohne Arbeitsvertrag einer prekären Beschäftigung nachgehen und nicht wissen, ob sie ihre Kinder und sich selbst morgen noch mit dem Notwendigsten versorgen können. Hier zeigt sich die Verantwortung, die Politikerinnen und Politiker tragen. In der Schweiz wurde in Zeiten vor Corona zum Beispiel das Instrument der Kurzarbeit, der Arbeitslosenversicherung oder der Sozialfürsorge geschaffen. Die Schaffung solcher Instrumente ist oft ein Resultat heftiger politischer Diskussionen.

Und in der Coronakrise? Zu Beginn war über die Parteigrenzen hinweg den meisten klar: Massnahmen sind dringend und notwendig, um die Gesundheit in der Schweiz und im Kanton Schwyz zu sichern. Dabei war die Bevölkerung dankbar für die klare und transparente Führung.

Es kam zum Lockdown. Und es zeigten sich weitere Folgen wie Belastung der Staatsfinanzen, Erwerbslosigkeit bei Selbständig Erwerbenden, wie zum Beispiel Kulturschaffenden und die Gefahr eines kräftigen Wirtschaftseinbruchs mit stark ansteigender Arbeitslosigkeit. Man verglich mit den letzten Wirtschaftskrisen. Unseren Fachleuten und Politikern war klar, dass es staatliche Hilfe und Impulse braucht. Das ist eine Lehre aus der Weltwirtschaftskrise von 1929. Damals dachte man, dass der Markt mit seinen Mechanismen Krisen von selbst löst. Welcher Irrtum. Die Situation wurde zunehmend schlimmer und hat Hitler den Weg zur Machtübernahme in Deutschland geebnet.

Im Kanton Schwyz traten in der Folge des Lockdowns die Fraktionschefs der bürgerlichen Parteien auf den Plan und warfen unserer Regierung Defaitismus, d.h. Mutlosigkeit vor. Der Regierungsrat liess sich nicht beirren. Er zog am letzten Donnerstag das Fazit, dass sich die ergriffenen Massnahmen als wirkungsvoll erwiesen haben.

Zum Abschluss möchte ich noch auf zwei Aspekte zu sprechen kommen. Etliche Tieflohnbezüger haben die Eingabefrist für das Gesuch zur Prämienverbilligung verpasst. Das führte zu einer sehr grossen Betroffenheit. Der Bote der Urschweiz hat über diverse Beispiele berichtet. Ich habe bei der Begleitung eines Tieflohnempfängers festgestellt, dass ein Aufruf in den Medien für die Einreichung des Prämienverbilligungsgesuches nicht ausreichend war. Ich begrüsse es sehr, dass die Regierung angesichts der Coronakrise die Frist für die Einreichung des Prämienverbilligungsgesuches bis Ende Jahr verlängert hat.

Zum zweiten wurde das Projekt Finanzen 2020 aufgegleist. Der Sprecher einer Partei hat in diesem Zusammenhang betont, wieviel die Steuerbeträge von reichen Personen an den gesamten Einnahmen aus der direkten Steuer im Kanton Schwyz ausmachen. Dabei hat er

nicht erwähnt, dass im kantonalen und internationalen Vergleich die direkten Steuern für hohe Einkommen im Kanton Schwyz sehr tief sind. Es steht ihnen nach Bezahlung der Steuern im Gegensatz zu tiefen Einkommensempfänger/-innen sehr viel Geld zur Verfügung. Der Sprecher wehrte sich gegen die Erhöhung der Steuereintrittsschwelle. Das führe zu Gratisbürgern. Dazu: Jeder Bürger zahlt auch indirekte Steuern. Diese machen bei tiefen Einkommen einen viel höheren Prozentsatz vom verfügbaren Einkommen aus als bei hohen Einkommen. Staatliche Gebühren haben den gleichen Effekt. Ich frage mich, welchen Bezug der Sprecher zur Lebenssituation von Personen aus den tieferen Einkommensegmenten hat. Zudem hat sich sowohl der Kantonsrat als Legislative wie auch der Regierungsrat als Exekutive an die Schweizerische Bundesverfassung zu halten. Und hier heisst es im Artikel 127 Abs. 2 es sei der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie der Grundsatz der Allgemeinheit zu beachten. Das Prinzip der Allgemeinheit verlangt, dass ein Mindestmass an Leistungsfähigkeit für eine Besteuerung vorliegt.

Ich wünsche mir in der kommenden Legislatur von den kantonalen Politikerinnen und Politikern eine produktive Arbeit im Sinn einer Sicherung und Erhöhung der Lebensqualität aller Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Schwyz. Und ein gutes Klima sowie eine Offenheit für konstruktive Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den Fraktionen und dem Kantons- und Regierungsrat.